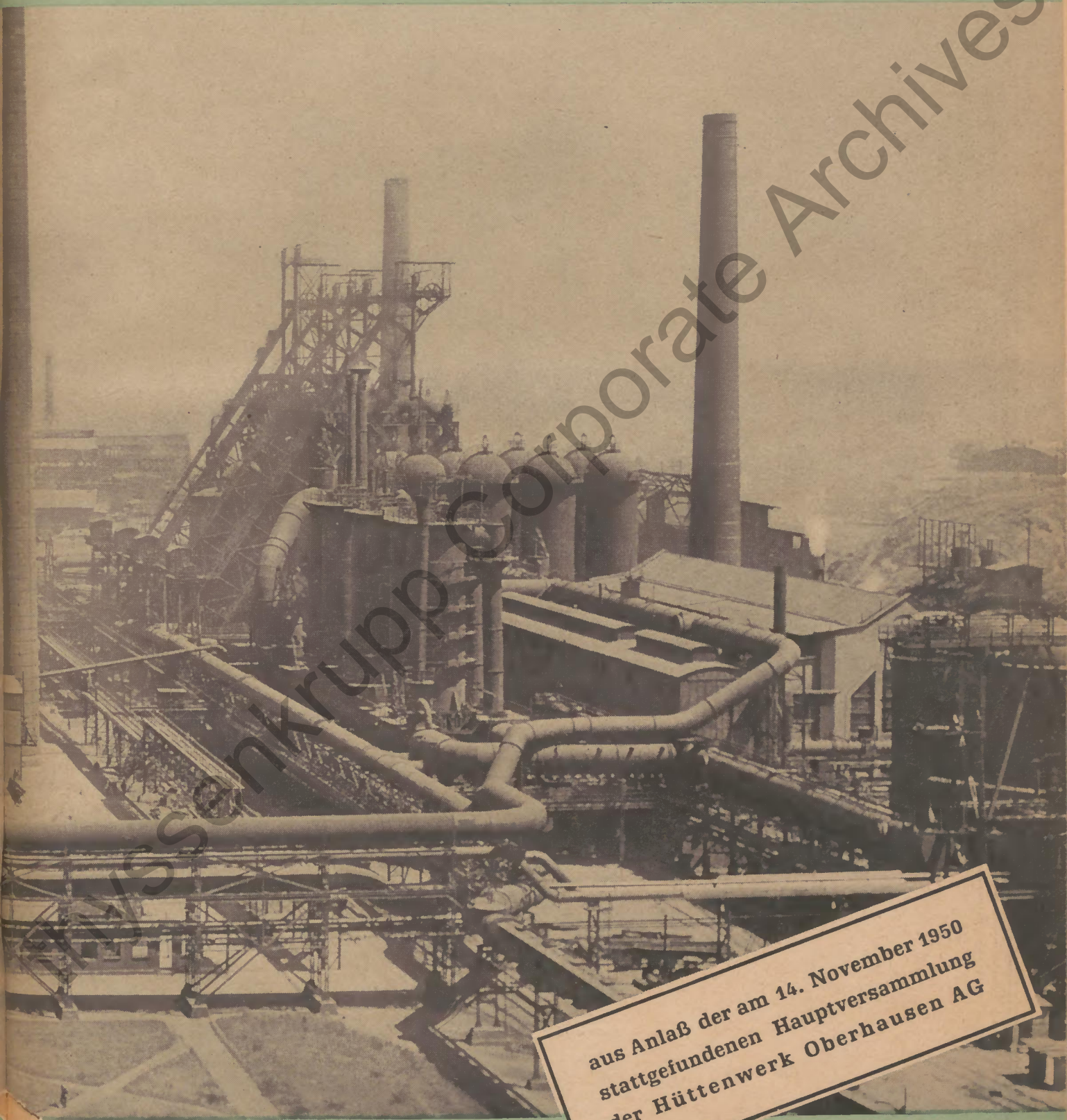
ECHO DER ARBEIT

WERKSZEITUNG

Jahrgang 1 | Dezember 1950 | Sondernummer



aus Anlaß der am 14. November 1950 stattgefundenen Hauptversammlung der Hüttenwerk Oberhausen AG

HÜTTENWERK OBERHAUSEN AKTIENGESELLSCHAFT

ThyssenKrupp Corporate Archives



Dr. DEIST, der Vorsitzende unseres Aufsichtsrates, bei der Berichterstattung vor der Hauptversammlung

Am 14. November 1950

fand im Werksgasthaus eine Hauptversammlung unserer Hüttenwerk Oberhausen AG. statt. Es nahm an ihr neben den Mitgliedern des Aufsichtsrates und dem Vorstand ein Vertreter der Stahltreuhändervereinigung teil, durch den die Interessen des Aktienkapitals vertreten wurden. Ferner waren die Hauptabteilungsleiter und die Betriebsräte unseres Werkes eingeladen; auch die Presse war erschienen.

Es wurden der Hauptversammlung die Abschlußrechnung (Bilanz) des letzten RM-Geschäftsjahres (vom 1. Oktober 1947 bis 20. Juni 1948), die DM-Eröffnungsbilanz und der Jahresabschluß des ersten DM-Geschäftsjahres (vom 21. Juni 1948 bis 30. September 1949) vorgelegt und von ihr genehmigt. Im Zusammenhang mit der Vorlage des letztgenannten Abschlusses berichtete der Vorsitzende unseres Aufsichtsrates, Dr. Deist, über die Entwicklung dieses ersten Geschäftsjahres nach der Währungsreform und über den weiteren Verlauf der Geschäfte.

Die genannten Jahresabschlüsse werden unserer Belegschaft in der nächsten Belegschaftsversammlung vorgelegt und erläutert werden. Wir möchten Ihnen aber schon jetzt die erwähnten Ausführungen von Dr. Deist zur Kenntnis bringen. Interessenten stellen wir gerne eine Ausfertigung der Berichte, die vom Aufsichtsrat der Hauptversammlung vorgelegt worden sind, zur Verfügung. Anfragen sind an die Redaktion (Sozialhaus) zu richten.

thyssenkrupp Corporate Archives

Anwesend waren neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Dr. Deist, folgende

Mitglieder des Aufsichtsrates



1



2



3



4



5



6

1. Dr.-Ing. Wilhelm Bischof, Dortmund
2. Direktor Alfred Hölling, Düsseldorf
3. August Jürs, Oberhausen
4. Dr. jur. Hans Korsch, Düsseldorf
5. Direktor Alfred Rohde, Lübeck
6. Direktor Otto Vorwerk, Rheinhausen

Wegen besonders wichtiger anderweitiger Besprechungen konnten die Herren

Dr. jur. h.c. Hans Böckler, Ministerpräsident
Karl Arnold, Direktor Dr. Hermann Knuth

an der Hauptversammlung nicht teilnehmen.



Das Aktienkapital wurde durch Dr.-Ing. Herbert Monden, Mitglied der Stahltreuhändervereinigung, Düsseldorf, vertreten

thyssenkrupp Corporate Archives

Ausführungen zum Jahresabschluß für das dritte Geschäftsjahr (vom 21. 6. 1948 bis 30. 9. 1949)

Altes wird nachgeholt — Neues geschaffen

Das dritte Geschäftsjahr stand im Zeichen des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft nach der Währungsreform. Das Unternehmen war in der Lage, die Erzeugung und die Umsätze erheblich zu steigern. Die Kriegsschäden wurden in großem Umfang beseitigt, rückständige Reparaturen nachgeholt und die gesamten Betriebsanlagen durch Ersatz- und Neuanschaffungen verbessert.

Bis zum Mai 1949 waren 4 Hochöfen in Betrieb. Seit dieser Zeit haben im Durchschnitt 5 Hochöfen gearbeitet.

Bis zum Ende des Geschäftsjahres, also bis zum 30. 9. 1949, waren alle wesentlichen Anlagen wieder in Betrieb bis auf eine kleinere Stabstahlstraße und den 350 000 cbm Gasbehälter. Nach Abschluß des Geschäftsjahres wurden auch diese Anlagen wieder in Betrieb genommen, der Gasbehälter am 1. 1. 1950.

Auch jetzt sind noch umfangreiche Kriegsschäden zu beseitigen und zahlreiche Reparaturen nachzuholen. Sie dienen aber nicht mehr dem Zweck, stilliegende Anlagen betriebsbereit zu machen. Es handelt sich vielmehr im wesentlichen um die Instandsetzung von Gebäuden und die Sicherung von Betriebsanlagen.

Für Ersatz- und Neuanlagen, Wiederaufbau und Nachholung von Reparaturen wurden aufgewandt:

im 1. und 2. Geschäftsjahr (vor der Währungsreform) (15⅔ Monate)	10 Mill.
im 3. Geschäftsjahr 21. 6. 1948 bis 30. 9. 1949 (15⅓ Monate)	16 Mill.
im 4. Geschäftsjahr 1. 10. 1949 bis 30. 9. 1950 (12 Monate)	12 Mill.

Diese Zahlen geben einen Eindruck davon, in welch starkem Umfang bereits vor der Währungsreform Mittel zur Verbesserung der Betriebsanlagen aufgewandt wurden. Seit der Währungsreform ist monatlich im Durchschnitt 1 Mill. investiert worden.

Insgesamt wurden bis zum 30. 9. 1949 aufgewandt:

für Ersatz- u. Neuanlagen	10,5 Mill.
für Wiederaufbau	10,5 „
für Nachholung von Reparaturen	5,0 „
	26,0 Mill.

An Abschreibungen und Überschüssen standen in dieser Zeit 22,5 Mill. zur Verfügung, so daß das Unternehmen nicht nur diese Mittel, sondern noch weitere 3,5 Millionen zur Verbesserung der Betriebsanlagen verwandt hat.

Bis zum 30. 9. 1950 wurden für die genannten Zwecke

37,5 Mill.

aufgewandt.

Das Hüttenwerk Oberhausen hat darüber hinaus einen sehr wichtigen Beitrag zu der Weiterentwicklung der Roheisen- und Rohstahlerzeugung geleistet. Seit längerer Zeit laufen Versuche, die Erzeugung von Roheisen und Rohstahl durch Verwendung von Sauerstoff zu verbessern. Diese Arbeiten sind inzwischen über das Versuchsstadium hinausgewachsen. Seit einiger Zeit wird Sauerstoff bei der Thomas- und Siemens-Martin-Stahlerzeugung mit ausgezeichneten Erfolgen im laufenden Betrieb verwandt.

Vorkriegsleistung wieder erreicht

Die umfangreichen Arbeiten zur Instandsetzung der Betriebsanlagen haben es ermöglicht, daß im Geschäftsjahr 1948/49 eine starke Steigerung der Betriebsleistung erreicht werden konnte.

Die Rohstahlerzeugung betrug:

März 1947 (1. Monat nach der Ausgliederung)	32 654 t
Juni 1948	42 253 t
September 1949	84 235 t.

Die Rohstahlerzeugung konnte hiernach im Laufe des Geschäftsjahres 1948/49 auf das Doppelte gesteigert werden.

Die Auswirkungen dieser Erzeugungssteigerung werden deutlich, wenn man die Monatserzeugung je Mann der Belegschaft errechnet.

Die Rohstahlerzeugung je Mann und Monat betrug:

September 1947	4,6 t
September 1948	7,2 t
September 1949	8,7 t.

Es hat also eine sehr wesentliche Leistungssteigerung in diesem Zeitraum stattgefunden.

Der Versand an Walzwerksfertigerzeugnissen einschließlich Halbzeug bewegte sich entsprechend:

März 1947	21 350 t
Mai 1948	30 783 t
September 1949	51 000 t.

Ich möchte diese Zahlenangaben für das Geschäftsjahr 1948/49 ergänzen um einige sehr wichtige Daten des Geschäftsjahres 1949/50 (1. 10. 1949 bis 30. 9. 1950). Im Herbst 1949 ging der Auftragseingang stark zurück, so daß die gesamte Eisen- und Stahlindustrie ihre Erzeugung drosseln mußte. Auch die Hüttenwerk Oberhausen AG mußte im Oktober 1949 ihren Betrieb einschränken, so daß die Rohstahlerzeugung von rd. 84 000 t im September 1949 auf 70 000 t im Oktober 1949 absank. Die Besserung der Auftragslage führte jedoch dazu, daß bereits im Januar 1950 wieder eine Erzeugung von 85 000 t Rohstahl erreicht war. Seit Mitte 1950 können die Anlagen des Hüttenwerkes als voll ausgenutzt bezeichnet werden. Die Rohstahlerzeugung betrug:

Juli 1950	100 000 t
Oktober 1950	110 000 t.

Die Rohstahlerzeugung je Mann und Monat betrug:

September 1947	4,6 t
September 1949	8,7 t
September 1950	9,6 t
Oktober 1950	11,1 t.

Sie hat damit den Vorkriegsstand

1936/37	10,7 t
1937/38	12,3 t

wieder erreicht. Bei einem Vergleich dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß die Arbeitszeit in jenen Jahren 9½ bis 10 Stunden betrug, und daß den Belegschaftsangehörigen im Durchschnitt 10,5 Tage Urlaub zustanden gegenüber heute 16 Tage. In dieser Entwicklung der Rohstahlerzeugung je Mann und Monat kommt sinnfällig die starke Leistungssteigerung zum Ausdruck, die in den letzten Jahren erzielt wurde.

Guter Absatz der Erzeugnisse

Der Versand an Walzwerkserzeugnissen einschließlich Halbzeug entwickelte sich entsprechend:

September 1949	51 000 t
September 1950	75 700 t
Oktober 1950	79 000 t.

Im Gesamtgeschäftsjahr 1949/50, also in der Zeit vom 1. 10. 1949 bis 30. 9. 1950, überschritt die Rohstahlerzeugung die Millionengrenze.

Der Absatz von Walzwerkserzeugnissen muß heute als gut bezeichnet werden. Bis zum September 1949 war er sehr ungleichmäßig, in schwerem Formstahl und Stabstahl ausgesprochen schlecht.

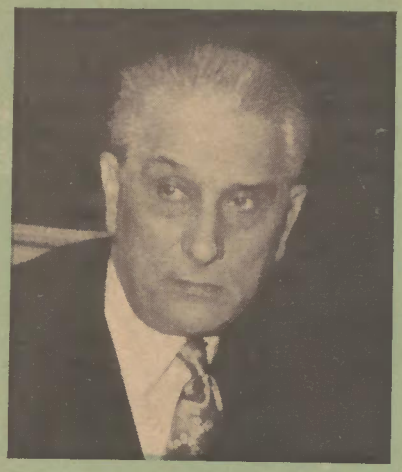
Tagesordnung
der ordentlichen Hauptversammlung

Dienstag, den 14. November 1950, 10 Uhr, in Oberhausen, Essener Str. 3

1. *Vorlage des RM-Abschlusses und des Geschäftsberichtes nebst Bericht des Aufsichtsrates über das zweite Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1947 bis 20. Juni 1948*
2. *Vorlage der DM-Eröffnungsbilanz zum 21. Juni 1948 sowie der Berichte des Vorstandes und des Aufsichtsrates und Beschlußfassung hierüber*
3. *Änderung der §§ 3 und 11 Abs. 1 Ziff. d und f der Satzung: Berichtigung der Währungseinheit Reichsmark in Deutsche Mark und Erweiterung der Genehmigungspflichten*
4. *Vorlage des ersten DM-Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes nebst Bericht des Aufsichtsrates über das dritte Geschäftsjahr vom 21. Juni 1948 bis 30. September 1949*
5. *Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das am 20. Juni 1948 und das am 30. September 1949 endende Geschäftsjahr*
6. *Beschlußfassung über die Vergütung an den Aufsichtsrat für das am 20. Juni 1948 und das am 30. September 1949 endende Geschäftsjahr*
7. *Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1949 bis 30. September 1950*
8. *Zuwahl zum Aufsichtsrat*

thyssenkrupp Corporate Archives

Der Vorstand



Gerhard Bruns



Dr.-Ing. Rudolf Graef



Karl Strohmenger

Die vom Vorstand angefertigten Jahresabschlüsse und Geschäftsberichte wurden vom Aufsichtsrat, nachdem dieser sie gebilligt hatte, zusammen mit seinem eigenen Bericht der Hauptversammlung vorgelegt

Seither hat sich der Absatz stetig gebessert. Besonders gut ist der Versand in Walzdraht sowie in Grob-, Mittel- und Feinblechen. Der Versand in Oberbau- und Stabstahl hat nicht in gleichem Umfang zugenommen, kann aber als befriedigend angesehen werden.

Der Auftragsbestand entspricht einer Erzeugung von 6 Monaten; er enthält einen erheblichen Exportanteil. Zur Zeit gehen etwa 8 % der Lieferungen in das Ausland. Besonders stark ist der Absatz in Grob- und Mittelblechen für den Schiffbau.

Im Zusammenhang mit dieser Erzeugungs- und Umsatzsteigerung hat sich die Ertragslage wesentlich gebessert. Der reine Betriebserfolg des Unternehmens (ohne Berücksichtigung außerordentlicher Erträge und Aufwendungen und ohne Berücksichtigung von Körperschaftsteuern) betrug

im 1. Geschäftsjahr
1,3 % der Leistungserträge
vom 21. 6. 1948 bis 30. 9. 1949
1,9 % der Leistungserträge
vom 1. 10. 1949 bis 30. 9. 1950
3,2 % der Leistungserträge.

Die Erträge haben sich hiernach langsam, aber stetig gebessert. Im ganzen muß allerdings eine Gewinnspanne von etwas mehr als 3 % der Leistungserträge als sehr knapp bezeichnet werden.

Wieder echte Leistungslöhne

Besondere Aufmerksamkeit hat das Hüttenwerk seit je den Sozialfragen gewidmet.

Der Belegschaftsstand betrug:

bei Übernahme des Werkes 1947	8 026
am 20. 6. 1948 (Währungsstichtag)	8 297
am 31. 10. 1950	10 994.

Die Belegschaft hat sich hiernach seit dem Währungsstichtag im Zusammenhang mit der Ausweitung der Produktion um rund 2 700 Mann vermehrt.

Der durchschnittliche Stundenverdienst der Gesamtbelegschaft einschließlich aller Zuschläge betrug:

bei Übernahme des Werkes 1947	100 Pfennige
am Währungsstichtag	107 „
September 1950	150 „

Der nominelle Stundenverdienst ist hiernach seit Übernahme des Werkes um rund 50 % gestiegen.

Am Tage der Währungsreform waren fast alle Akkorde eingefroren, so daß mit geringen Ausnahmen im Festlohn bzw. Zeitlohn gearbeitet wurde. Im Laufe der Zeit wurden in Übereinstimmung mit der Betriebsvertretung in allen Produktivbetrieben wieder echte Akkorde und Leistungsprämien eingeführt. Zur Zeit arbeiten rund 80 % der Belegschaft im Leistungslohn. Die Werksleitung hat sich darüber hinaus angelegen sein lassen, in zahlreichen Sitzungen des Lohnausschusses die Löhne innerhalb des Werkslohnrahmens einander anzupassen, so daß zur Zeit im ganzen ein ausgeglichenes Lohnniveau erreicht ist.

Die Produktionsentwicklung hat dazu geführt, daß die nominelle Lohnkostensteigerung zu keiner Erhöhung der Lohnkosten je t Rohstahl geführt hat. Die Lohnkosten je t Rohstahl sind vielmehr

von rd. DM 36,50 im Juni 1948
auf rd. DM 32,— im Oktober 1950

gesunken. Zum Vergleich sei angeführt, daß die Werksselbstkosten je t Rohstahl rd. DM 150,— betragen.

Fortschritt in der betrieblichen Sozialarbeit

Die betriebliche Sozialarbeit wurde weiter gefördert. Im Werk sind 4 Fürsorgerinnen hauptamtlich beschäftigt, die z. B. im Geschäftsjahr 1949/50 rund 7 600 Besucher berieten, von denen rund 1 340 finanzielle Beihilfen in Höhe von rund DM 50 000,— erhielten. In kinderreichen Familien, in denen eine Erkrankung der Ehefrau das Fernbleiben des Mannes von der Arbeit nach sich ziehen würde, werden bis zu 30 Pflegerinnen eingesetzt. Kinder, Jugendliche und verdiente Belegschaftsmitglieder werden auf Kosten des Werkes in Erholung geschickt.

30 bis 40 Kinder von im Werk beschäftigten Frauen und kinderreichen Müttern werden täglich im Werkskindergarten versorgt.

Das Werk hat eine Handarbeitsschule eingerichtet und verfügt über eine Werksbücherei, die sehr rege in An-

thyssenkrupp Corporate Archives



Matthias Hüskes, 2. Vorsitzender unseres Betriebsrates, wurde am 14. 11. 1950 als Vertreter der Belegschaft in den Aufsichtsrat gewählt

spruch genommen wird und zur Zeit über 18 300 Bücher verfügt.

Von besonderer Bedeutung ist die Gesundheitsfürsorge, die einem hauptamtlich angestellten Werksarzt untersteht. Seine Hauptaufgabe liegt in der gesundheitlichen Überwachung und Behandlung der Belegschaftsmitglieder und ihrer sozialhygienischen Aufklärung in Vorträgen und Einzelberatungen. Insgesamt kann der Gesundheitszustand der Belegschaft als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Eine Tuberkulose-Röntgenreihenuntersuchung, die bei allen ausgegliederten Werken durchgeführt wurde, hat in Oberhausen bisher 85 % der Belegschaft erfaßt. Durch diese Untersuchung wurden etwa 20 bisher unbekannte Fälle an aktiver bzw. nicht sicher inaktiver Tbc festgestellt.

Zur Förderung des Arbeitsschutzes wurde ein Sicherheitsingenieur eingestellt. Seine Aufgabe besteht darin, alle sozialen und technischen Anregungen zu geben, die geeignet sind, die Unfallgefahr herabzusetzen.

Auf 1000 Arbeiter entfielen

1948	12	Unfälle
1949	10	„
1950	8	„ .

Wenn man sich auch darüber klar sein muß, daß die Zahl der Unfälle durch manche Zufälligkeiten beeinflußt ist, so darf man insgesamt doch feststellen, daß die Unfallgefahren und die Höhe der Unfälle sich stetig vermindert hat.

Es sei schließlich vermerkt, daß der Betrieb 12 Kleinwerkstätten für Versehrte und Invaliden eingerichtet hat.

Das Unternehmen verfügt über einen großen Bestand von Werkswohnungen. Bei Ausgliederung des Werkes waren rund 1 500 Wohnungen vorhanden, von denen rund 580 zerstört waren. Inzwischen sind 211 Wohnungen wieder aufgebaut und 92 Wohnungen im Wiederaufbau. Das Unternehmen hat im Rahmen des Stahlarbeiter-Wohnungsbauprogramms, das mit besonderer Unterstützung des Wiederaufbauministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen in der gesamten Eisen- und Stahlindustrie durchgeführt wird, einen wesentlichen Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot geleistet. Das Wohnungsbauprogramm wird laufend fortgeführt.

Ein ernstes Problem: Kohle und Schrott

Der Überblick auf die bisherige Entwicklung ist jedoch nicht ungetrübt. Besondere Aufmerksamkeit verlangt die Versorgung der Eisen- und Stahlindustrie mit Koks und Schrott. Der gesteigerte Bedarf Europas an Kohle und Koks hat die Gefahr heraufbeschworen, daß die deutsche Eisen- und Stahlindustrie nicht genügend Kohle und Koks erhält, um die augenblickliche Produktion aufrecht zu erhalten. Wir freuen uns, daß die Deutsche Kohlenbergbauleitung und die Industriegewerkschaft Bergbau Vereinbarungen getroffen haben, die eine zusätzliche Kohle- und Koksversorgung durch Leistung von Sonderschichten vorsieht, und dürfen hoffen, daß damit die größten Sorgen beseitigt werden können. Auf dem Schrottmarkt klagen alle Werke über eine völlig unzureichende Versorgung, insbesondere in qualitativer Hinsicht. Wir möchten wünschen, daß auch hier inzwischen von seiten der Bundesregierung eingeleitete Verhandlungen eine tragbare Lösung bringen.

Unsere Sorgen erstrecken sich aber nicht nur auf die mengen- und qualitätsmäßige Versorgung, sondern insbesondere auf die Preisgestaltung für Kohle und Schrott, die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit behandelt wird. Ich bin der Auffassung, daß diese Behandlung entscheidender Preisfragen, wie sie insbesondere in der Presse zum Ausdruck kommt, beinahe an Leichtfertigkeit grenzt. Wir wissen, daß der Kohlenbergbau ebenso wie die Eisen- und Stahlindustrie im Interesse der Gesamtwirtschaft gebundene Preise hat und daher in ihrer Ertragsgestaltung außerordentlich beengt ist. Wir vermögen im einzelnen nicht zu übersehen, ob es keine Möglichkeiten gibt, die durch die letzte Lohnerhöhung entstandene Kostenverteuerung im Kohlenbergbau auf andere Weise aufzufangen als durch eine Preiserhöhung für Kohle. Die Leichtherzigkeit, mit der jedoch Preiserhöhungen zwischen DM 5.— und DM 8.— je t Kohle in der Öffentlichkeit als selbstverständlich behandelt werden, entspricht nicht der Bedeutung, die eine solche Preiserhöhung für die Gesamtwirtschaft haben muß. Noch bedenklicher liegen die Verhältnisse m. E. hinsichtlich der Preisgestaltung für Schrott. Hier werden in der Öffentlichkeit Preiserhöhungen von DM 25.— bis DM 30.— je t genannt. Zur Begründung wird häufig angeführt, daß der Schrottpreis in einer gewissen Relation zum Stabstahlpreis stehen müsse und daß hierdurch eine Preiserhöhung in der angedeuteten Größenordnung erforderlich werde. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß eine solche feste Relation zwischen Schrottpreis und Stabstahlpreis nie bestanden hat und daß der Schrottpreis stets nach durchaus anderen Gesichtspunkten gebildet worden ist. Jedenfalls scheint mir die durch die augenblickliche Weltmarktlage bedingte und damit rein zufällige Entwicklung des Exportpreises für Schrott keine gerechtfertigte Grundlage für eine Erhöhung des Inlandpreises abzugeben.

Es handelt sich hier um Preiserhöhungsbestrebungen, die sehr ernst zu nehmen sind. Kohle und Schrott gehören zu den wichtigsten Vormaterialien der eisenschaffenden Industrie. Eine Preiserhöhung für Kohle und Schrott in der angedeuteten Höhe würde eine Steigerung des Stabstahl-

Betriebsratsvorsitzender Willi Voßkühler mit zwei Mitgliedern unseres Betriebsrates und dem Leiter unserer Wohnungsverwaltung



thyssenkrupp Corporate Archives





Der Betriebsrat sowie die Hauptabteilungsleiter waren zur Hauptversammlung eingeladen Fotos: Teriet

preises bedingen, die zwischen DM 20,— und DM 30,— liegen muß. Es handelt sich also um eine Preiserhöhung von rund 10% und darüber. Eine solche Preiserhöhung für Kohle, Schrott und Walzwerkserzeugnisse, mit denen Preiserhöhungen für Gas und Elektrizität parallellaufen würden, kann nicht ohne Einfluß auf das gesamte deutsche Preisniveau bleiben. Ich bin mir durchaus bewußt, daß in der Weiterverarbeitung und im Handel theoretisch manche Auffangmöglichkeiten vorhanden sind. Ich hege jedoch große Zweifel, ob solche umfangreichen Preiserhöhungen bei Grundstoffen praktisch wirklich aufgefangen werden, zumal wir uns in fast allen Industriezweigen immer stärker dem Verkäufermarkt nähern.

Ich möchte daher betonen, daß Preiserhöhungen auf dem Gebiete von Kohle und Schrott einer gründlichen, sehr wohl abgewogenen Überlegung bedürfen, und daß es eine Illusion wäre, anzunehmen, daß die Eisen- und Stahlindustrie auch nur für eine kurze Übergangszeit derartige Veränderungen in ihren Kalkulationsgrundlagen ohne eine gleiche Preiserhöhung für Eisen- und Stahlerzeugnisse hinzunehmen in der Lage wäre. Die in der Presse geäußerte Annahme, die Eisen- und Stahlindustrie könne wenigstens einige Monate stillehalten und erst später nachhinken, entbehrt jedenfalls jeder Grundlage.

Neue Organisationsform bewährte sich

Im übrigen haben wir allen Anlaß, uns über die Entwicklung des Unternehmens zu freuen. Bereits vor der Währungsreform hat sich die Belegschaft in erfreulicher Uneigennützigkeit für den Wiederaufbau des Werkes eingesetzt, obwohl die Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs denkbar schlecht war und das Unternehmen zur Linderung dieser Sorgen nur wenig beitragen konnte. Nach der Währungsreform hat sich der Erfolg dieser Arbeiten in einer ständig steigenden Leistung des Gesamtunternehmens gezeigt. Diese Leistungen wurden in einem Unternehmen erzielt, dessen organisatorischer Unternehmungsaufbau ebenso wie bei den übrigen ausgegliederten Werken wesentlich von der inneren Organisation anderer Unternehmen abweicht. Im Aufsichtsrat sind Unternehmer und Arbeitnehmer in gleicher Anzahl vertreten. Dem Vorstand gehört ein Mitglied an, das für technische Fragen zuständig ist, ein Mitglied, das alle kaufmännischen Fragen bearbeitet und ein Mitglied, dem die Fürsorge für die im Betrieb arbeitenden Menschen und ihre soziale Lage obliegt. Ich möchte aus den Erfahrungen der Vergangenheit feststellen, daß die Zusammenarbeit von Unternehmer- und Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat sich hervorragend bewährt und dem Vorstand wertvolle Anregungen für seine Arbeit vermittelt hat. Auch im Vorstand herrscht eine vorbildliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit; seine Zusammensetzung hat wesentlich dazu beigetragen, eine enge Zusammenarbeit zwischen Vorstand, Betriebsrat und Belegschaft herbeizuführen. Auf diese Weise ist in gemeinsamer Arbeit und gemeinsamer Verantwortung eine echte Gemeinschaftsarbeit geleistet worden, die wesentlich zu der erfreulichen Entwicklung beigetragen hat, die ich heute darlegen konnte. Ich möchte daher auch an dieser Stelle der gesamten Belegschaft, vom Vorstand über den Betriebsrat bis zum letzten Mann und zur letzten Frau, Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aussprechen.





thyssenkrupp Corporate Archives

Die Neuordnung der Wirtschaft

Wie wir in der letzten Ausgabe unserer Werkszeitung (Nr. 20) berichteten, fand am 22. Oktober 1950 im Werksgasthaus eine Pressekonferenz des DGB statt, auf der unter anderem von Dr. Deist über die Neuordnung der deutschen Wirtschaft gesprochen wurde. Inzwischen liegt uns der genaue Wortlaut dieses Referates vor. Bei der Aktualität seines Themas halten wir es für richtig, unserer Gesamtbelegschaft im Anhang an diese Sondernummer einen Abdruck zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren!

Die Neuordnung der Wirtschaft ist ein zu vielschichtiges und umfassendes Problem, als daß man es auch nur annähernd in seiner Gesamtheit in einem kurzen Referat behandeln könnte. Der Zweck dessen, was ich hier zu sagen habe, ist denn auch nur, über einige wichtige Punkte ins Gespräch zu kommen, und durch ein solches Gespräch zur Klärung einiger Tatbestände beizutragen, die nicht immer mit der genügenden Sachlichkeit in der Öffentlichkeit behandelt werden.

Der politische Status Deutschlands, der etwa in der Mitte zwischen dem Kolonialstatus unmittelbar nach dem Zusammenbruch und dem Status staatlicher Gleichberechtigung liegt, von dem wir noch weit entfernt sind, macht es nur verständlich, daß Auseinandersetzungen über Fragen, die die breitere Öffentlichkeit und den politischen Bereich berühren, sehr häufig durch nationale Töne überdeckt werden, auch dort, wo die sachliche Behandlung darunter leidet.

Bei den Erörterungen um die Neuordnung der Wirtschaft beherrschen insbesondere drei Probleme das Bild.

Das erste Problem ist die Gleichberechtigung Deutschlands. Es gibt fast keine politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, die nicht die Frage der Gleichberechtigung mit den übrigen Staaten aufwirft. Sie wird auch in Zukunft das politische Deutschland in erster Linie beschäftigen.

Das zweite Problem ist das Problem der wirtschaftlich-technischen und organisatorischen Neuordnung der Grundstoffindustrien.

Das dritte Problem ist ein soziales Strukturproblem. Es hängt mit der Frage zusammen, ob nicht die Erschütterungen und Umwälzungen der letzten Jahre einen sozialen Umbau in Deutschland notwendig machen.

Es leuchtet ein, daß sich bei der Neuordnung der Grundstoffindustrien, die sich die Alliierten in großem Umfang vorbehalten haben, diese drei Probleme überall und in jedem Augenblick überschneiden, und es ist nicht immer leicht, festzustellen, ob einer dieser drei Gesichtspunkte um der Sache willen vorgebracht wird, oder ob er nur dazu dient, Interessen auf anderen Gebieten zu verdecken. Es soll daher versucht werden, diese drei Probleme getrennt voneinander zu behandeln und das politische Bild etwas mehr zu klären, als es zur Zeit ganz offenbar der Fall ist.

Gleichberechtigung Deutschlands

Der Weg zur Gleichberechtigung Deutschlands ist ein langwieriger und schwieriger Prozeß, der, wie im einzelnen nachweisbar ist, in allen seinen Stadien von den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft stärkstens gestützt und gefördert worden ist.

Der Kampf um die Demontagen ist in erster Linie und mit aller Energie von der deutschen Gewerkschaftsbewegung geführt worden. Sie kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie durch ihre Maßnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung der Demontageforderungen und schließlich zum Demontagestop geleistet hat. Diese Auseinandersetzungen wurden nicht immer so laut und demonstrativ geführt, wie das manche andere Kreise in Deutschland lieben. Sie waren darum um so sachlicher und systematischer und haben sich letzten Endes als außerordentlich wirksam erwiesen. Mit dem Demontagestop werden die Namen führender Männer der Arbeiterbewegung immer verbunden sein.

Es ist der Haltung der deutschen Gewerkschaften zu verdanken, daß die Neuordnung des Kohlenbergbaus deutschen Stellen übertragen wurde. Die Combined Coal Control Group hatte bekanntlich die sogenannten Vits-Ausschüsse gebildet, die ihr in Fragen der Kohle-Neuordnung zur Beratung zur Verfügung standen. Diese Ausschüsse durften sich nur insoweit mit Fragen der Neuordnung befassen, als ihnen Aufträge der CCCG erteilt wurden. Erst die Forderung der Gewerkschaften, die Kohle-Neuordnung deutschen Gremien zu übertragen, und der Austritt der den Gewerkschaften nahestehenden Sachverständigen aus den Vits-Ausschüssen, dem sich die übrigen Mitglieder der Vits-Ausschüsse bemerkenswerterweise nicht anschlossen, führte dazu, daß die Alliierten die Deutsche Kohlenbergbauleitung und ihren Beirat offiziell mit der Vorbereitung der Neuordnung beauftragten.

Die Neuordnung des IG Farben-Komplexes ist ein Kapitel der Nachkriegspolitik, das einen besonders bedauerlichen Verlauf genommen hat. In keinem Wirtschaftszweig haben die Alliierten sich einen derart starken Einfluß gesichert und deutsche Mitwirkung in so weitgehendem Umfange ausgeschaltet wie in der IG Farben-Industrie. Die deutschen Gewerkschaften haben von Anbeginn — insbesondere auch in einer ausführlichen Denkschrift — gegen eine solche Verweigerung der deutschen Mitwirkung Stellung genommen und insbesondere gegen das vor kurzem erlassene Gesetz 35 schärfstens Einspruch erhoben.

Schließlich darf ich darauf hinweisen, daß die Gewerkschaften bei der Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie ihren Einfluß dahin geltend gemacht haben, daß die Stahltreuhändervereinigung als ein deutsches Gremium mit der Vorbereitung dieser Neuordnung beauftragt wurde; und ich darf hinzufügen, daß die den Gewerkschaften nahestehenden Mitglieder der STV besonders darauf bedacht sind, die Unabhängigkeit der STV von allen äußeren Einflüssen zu sichern und dafür Sorge zu tragen, daß die unabdingbaren Notwendigkeiten deutscher Wirtschaftsführung bei den Neuordnungsplänen beachtet werden.

Ich glaube, nach diesen Vorgängen erübrigt sich jeder Hinweis, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung einer besonderen Aufforderung, sich für die nationale Gleichberechtigung einzusetzen, nicht bedarf.

Dringlichkeit der Neuordnung

Es sollte aber auch nicht übersehen werden, daß ein dringendes deutsches Interesse daran besteht, die Neuordnung der Grundstoffindustrien so schnell wie möglich durchzuführen. Die internationale Lage verlangt gebieterisch, daß die deutsche Schwerindustrie endlich wieder eine gültige organisatorische Form bekommt. Die Verhandlungen um den Schuman-Plan haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß seine Durchführung schwerwiegende wirtschaftliche Probleme aufwirft. Man muß sich darüber klar sein, daß die bisherigen Verhandlungen überwiegend unter politischen Gesichtspunkten geführt wurden und letzten Endes nur der Schaffung der organisatorischen Grundlagen für die künftige Eisen- und Stahlunion dienten. Aber diese Verhandlungen haben auch gezeigt, welch schwerwiegende Probleme auftauchen, wenn die wirtschaftlichen Fragen der Eisen- und Stahlunion berührt werden. Nach Schaffung der Schuman-Plan-Behörde werden die eigentlichen Schwierigkeiten erst beginnen, die nur unter Mitwirkung der Eisen- und Stahlindustrie und des Kohlenbergbaues der beteiligten Länder gelöst werden können. Diese Verhandlungen verlangen eine intakte Organisation der Eisen- und Stahlindustrie und des Bergbaues. Es erscheint mir unmöglich, daß auf französischer, belgischer, luxemburgischer, holländischer und italienischer Seite die Eisen- und Stahlindustrie und der Kohlenbergbau mit festgefügten und leistungsfähigen Unternehmungen auftritt, währenddem in Deutschland Konzerne, die sich in der Auflösung befinden, und Einzelunternehmungen, von denen man zumindest weiß, daß sie in ihrer jetzigen Form nicht mehr lange bestehen werden, gegenüberstehen. Dabei sollte man auch beachten, daß die Integration der europäischen Wirtschaft neues wirtschaftliches Denken verlangt, das sich wesentlich unterscheidet von dem Kartell- und Konzerndenken, wie es insbesondere in der deutschen Schwerindustrie der Vergangenheit gepflegt wurde.

Der augenblickliche ungeklärte Zustand führt aber auch dazu, daß alle Erörterungen über wichtige Probleme durch sachlich nicht gerechtfertigte politische Überlegungen überdeckt werden. Man kann fast bei jeder sachlichen Diskussion feststellen, daß die Vertreter der Konzerne sehr stark unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung des Konzern-Zusammenhangs vorgehen, während auf der anderen Seite

Krupp Corporate Archives

häufig Gesichtspunkte in den Vordergrund gerückt werden, die durch die gegensätzliche Meinung über die zukünftige Gestalt der Unternehmungen bestimmt sind. Ohne diese unsachliche Betrachtungsweise wäre es z. B. nicht denkbar gewesen, daß der von der Bundesregierung bestellte Sachverständigen-Ausschuß für den Schuman-Plan zunächst völlig von den Vertretern der Konzerne beherrscht wurde, während die eigentlichen Unternehmungen der Eisen- und Stahlindustrie und die Gewerkschaften eine untergeordnete Rolle spielen sollten. Wie nachteilig diese Situation für sachliches Arbeiten ist, ergibt sich insbesondere daraus, daß die Bundesregierung auf Protest der Gewerkschaften diese Schwierigkeiten dadurch zu beseitigen suchte, daß sie den Sachverständigen-Ausschuß ständig erweiterte, so daß zuletzt 80—100 Personen an seinen Sitzungen teilnahmen. Daß es sich hierbei nicht mehr um ein arbeitsfähiges Gremium handelt, bedarf keiner besonderen Betonung.

Aber auch innerdeutsche Probleme leiden unter dem augenblicklichen Zustand. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um das Problem Kohle — Eisen, um das Kartellproblem, um die Demontage der Thyssenhütte, um das Problem der Breitbandstraße, oder um das Bewertungsproblem nach dem DM-Bilanzgesetz handelt. Immer wieder werden rein sachliche Überlegungen dadurch gestört, daß von den verschiedensten Seiten Gesichtspunkte geltend gemacht werden, die sich letzten Endes nur aus dem Gegensatz der Konzernpolitik und der Politik der Neuordnung erklären.

Aus diesen Tatsachen kann nur eine Schlußfolgerung gezogen werden: Es besteht ein nationales deutsches Interesse daran, daß die Neuordnung der Grundstoffindustrien so schnell wie möglich durchgeführt und jede Verzögerung, von welcher Seite sie auch kommen möge, vermieden wird.

Das Konzernproblem

Jede Erörterung über die zukünftige Gestaltung der deutschen Schwerindustrie muß sich grundsätzlich mit dem Konzernproblem auseinandersetzen. Es ist bekannt, daß die Auflösung der Ruhrkonzerne bereits Ende 1948 in dem britischen und amerikanischen Gesetz Nr. 75 verfügt war. Das Gesetz Nr. 27 der Hohen Alliierten Kommission vom Mai 1950 bestätigte noch einmal die Auflösung dieser Konzerne. Es ist unter diesen Umständen unverständlich, daß die formale Durchführung dieser seit zwei Jahren gesetzlich verankerten Konzernauflösung Anlaß zu derart weitgehenden Erörterungen in der Öffentlichkeit gab, wie sie tatsächlich erfolgt sind. Diese formale Durchführung einer seit langem bestehenden Auflösungsanordnung hat dahin geführt, daß der Generaldirektor der GHH, Herr Dr. Reusch, demonstrativ aus dem Sachverständigenausschuß für den Schuman-Plan, an dessen Arbeiten er sich im übrigen nie beteiligt hatte, ausschied. Ja! Sogar die Schuman-Plan-Verhandlungen wurden plötzlich durch die Auflösung der Konzerne belastet.

Diese Tatsachen zwingen zu der Überlegung, ob das Problem der Auflösung der Konzerne in der deutschen Öffentlichkeit wirklich richtig gesehen wird. M. E. darf man zwei Gesichtspunkte nicht übersehen:

1. Bei der Auflösung der Konzerne handelt es sich nicht um eine Liquidation im üblichen deutschen Sinne und damit auch nicht um die Zerschlagung und Versilberung wirtschaftlicher Unternehmungen, die nicht mehr lebensfähig sind. Es handelt sich vielmehr um einen Umbau der Unternehmungsorganisationen, der allein dem Zweck dient, für die Betriebe der Eisen- und Stahlindustrie und des Kohlenbergbaus, deren Existenz durch die Umgestaltung in keiner Weise berührt wird, neue, den heutigen wirtschaftlichen Tatbeständen angemessene Organisationsformen zu schaffen. Dieser Umbau wäre nach den Zerstörungen, die der Krieg und die Nachkriegszeit gebracht haben, in gewissem Umfange auch ohne die Gesetze 75 und 27 notwendig gewesen. Die Vereinigten Stahlwerke (V. St.) haben die Notwendigkeit besonders dadurch unterstrichen, daß sie einen eigenen Entflechtungsplan für ihren Konzern vorgelegt haben.

2. Bei der Auflösung der Konzerne handelt es sich nicht nur um ein rechtliches Problem; es handelt sich auch nicht nur um ein Problem technisch-organisatorischer Art; sondern es handelt sich um ein entscheidendes sozialwirtschaftliches und staatspolitisches Problem. Diese gesamtpolitische Bedeutung der Konzerne ist das Kernproblem und muß daher deutlich gesehen werden.

Um das klarerzumachen, erscheint mir ein kurzer geschichtlicher Überblick zweckmäßig.

Es war im Jahre 1648, als in England der Absolutismus durch den englischen Landadel beseitigt und konstitutionelle Formen eingeführt wurden.

Es war im Jahre 1789, als in Frankreich das Bürgertum den Absolutismus in einer langen, blutigen Revolution überwand. Es war im Jahre 1917, als in Rußland der Absolutismus durch eine proletarische Revolution gestürzt und zur Aufrichtung eines Systems führte, das alle politische Freiheit beseitigte. Eine Periode bürgerlicher Herrschaft und damit bürgerlicher Kultur hat es in Rußland nicht gegeben.

In Deutschland hat das Bürgertum nur in den Jahren 1848—1866 einen leidenschaftlichen Kampf um die Gestaltung Deutschlands in Einheit und Freiheit geführt. Dieser Aufbruch wurde durch Bismarck mit Gewalt niedergeschlagen. Damit begann die politische Tragödie des deutschen Bürgertums.

In der politischen Geschichte des deutschen Reiches von seiner Gründung in den Jahren 1866/1871 bis zum Ende des ersten Weltkrieges läßt sich deutlich verfolgen, wie die politische Gewalt das Bürgertum — und zwar sowohl das industrielle Bürgertum der Städte wie auch die landwirtschaftlichen Kreise — wirtschaftlich stützte und stärkte und seinen Expansionsdrang mit staatlichen Mitteln unterstützte. Dafür verzichtete das Bürgertum als gesellschaftliche Schicht auf jede entscheidende politische Einflußnahme und ermöglichte so die Aufrechterhaltung eines politischen Systems, das frei von jeder echten parlamentarisch-demokratischen Kontrolle seine Stütze in der Großindustrie und im Großgrundbesitz fand. Dieser Weg politischer Entsagung ist gekennzeichnet durch die noch unter Bismarck beschlossene Erhebung von Eisenzöllen und landwirtschaftlichen Zöllen, durch die Bildung der nationalliberalen Partei, durch die unter Wilhelm II. erfolgte Gründung des Bundes der Landwirte, der das Rückgrat der konservativen Partei bildete, und durch die staatliche Unterstützung der aufsteigenden deutschen Wirtschaft durch außenpolitische Mittel, wobei nur auf das Beispiel der Bagdad-Bahn hingewiesen werden braucht. Der wirtschaftliche Aufstieg des Bürgertums, durch die politische Gewalt hervorragend gefördert, wurde bezahlt mit dem Verzicht auf politischen Einfluß. Nur so ist es zu erklären, daß Preußen-Deutschland als einziger Staat westlicher Zivilisation noch im Jahre 1918 ein Dreiklassenwahlrecht kannte.

Die Tragik des deutschen Bürgertums enthüllte sich besonders in den Jahren 1918—1933. Der großen politischen und sozialen Krise, der sich Deutschland in diesen Jahren gegenübersah, konnte das Bürgertum kein konstruktives politisches Programm entgegensetzen. Zunächst zeigten sich vielverheißende Ansätze einer freiheitlichen Politik. Die Deutsche Demokratische Partei sammelte in ihren Reihen einen großen Teil des fortschrittlichen Bürgertums, die Zentrumspartei repräsentierte die aufgeschlossenen, sozial und demokratisch denkenden katholischen Volkskreise mit starkem bürgerlichem Einschlag. Dieses Bürgertum stellte auch in Erzberger und Rathenau für kurze Zeit dem neuen deutschen Staat fortschrittliche bürgerliche Politiker von Format. Wenn man von diesen beiden Männern, die frühzeitig den Kugeln politischer Gegner zum Opfer fielen, absieht, so hat das Bürgertum in den Jahren 1918—1933 nur einen großen bürgerlichen Politiker und Staatsmann hervorgebracht: Gustav Stresemann. Wer jene Jahre bewußt miterlebt hat, weiß aber auch, welch schwere Kämpfe Stresemann mit seiner eigenen Partei, der Deutschen Volkspartei, und den hinter ihr stehenden Wirtschaftskreisen zu führen hatte, um sich mit seiner politischen Konzeption einigermaßen durchzusetzen. Und die Tatsache, daß es nach dem Tode Stresemanns keine konstruktive bürgerliche Politik und keinen bürgerlichen Politiker von überragender Bedeutung gegeben hat, zeigt deutlich, wie gering letzten Endes die politische Substanz des Bürgertums war. Es begann auch sehr bald die Wanderung der deutschen Mittelschichten von der Deutschen Demokratischen Partei über die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei ins Dritte Reich, während die politischen Repräsentanten der deutschen Großindustrie und der deutschen Großlandwirtschaft, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei, Gewehr bei Fuß standen.

Diese Entwicklung kam nicht von ungefähr. Sie war ein Ausdruck der Tatsache, daß die gesellschaftliche Struktur Deutschlands in den letzten 50 Jahren völlig zerstört worden ist. Nachdem bereits die inflatorische Entwicklung während des ersten Weltkrieges

thyssenkrupp Corporate Archives

die bürgerlichen Mittelschichten verarmt hatte, zeigte die Währungsstabilisierung des Jahres 1924 mit brutaler Offenheit, daß breite Kreise des Bürgertums ihre Existenzgrundlagen und ihr Vermögen, und damit ihre gesellschaftliche Bedeutung verloren hatten. Die Eingriffe der nationalsozialistischen Diktatur in den Jahren 1933—1945 trafen das Bürgertum zum zweiten Male außerordentlich stark. Die Vernichtung der geistigen Freiheit an den deutschen Hochschulen und die damit verbundene Degradierung der deutschen Intelligenz, die Gleichschaltung der Jugend in staatlich organisierten und ideologisch eng ausgerichteten Verbänden und die Vernichtung des Judentums nahmen ihm seine geistige Potenz und damit seine Bedeutung als kulturtragende Schicht. Der zweite Weltkrieg mit seinen ungeheuren sachlichen und persönlichen Opfern, die Nachkriegsereignisse, die Völkerwanderung von Millionen Flüchtlingen aus dem Osten und die Währungsreform haben schließlich die letzten Fundamente einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung zerstört. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß im Bundesgebiet 20 Millionen Enterbte und sozial Entwurzelte nur notdürftig existieren und als politischer Treibsand die politische Zukunft Deutschlands bedrohen. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die geistig-politische Bedeutung Deutschlands außerordentlich gering ist, wie das in erschütternder Weise auf dem kürzlich stattgefundenen Weltkongreß der Soziologen in Zürich zum Ausdruck kam. Nach dem ersten Weltkrieg konnte man feststellen, daß sich die deutschen Wissenschaftler und Politiker um eine ernsthafte geistige Auseinandersetzung mit der politischen und kulturellen Vergangenheit mühten. Zahlreiche Bücher legen Zeugnis ab von einem verantwortungsbewußten Streben, die Geschichte der letzten Jahrzehnte kritisch zu untersuchen und damit zu einem neuen Geschichtsbild zu kommen. Männer, wie Hugo Preuß und Max Weber bemühten sich um neue Formen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Hugo Preuß wurde der Vater der Weimarer Verfassung. Im Jahre 1919 hielt Max Weber seinen grundlegenden kritischen Vortrag „Politik als Beruf". Im Jahre 1920 setzte sich Bernstorff mit dem Verhältnis zwischen „Amerika und Deutschland" auseinander. Im Jahre 1921 schrieb ein deutscher General über „Die Tragödie Deutschlands". Im Jahre 1924 untersuchte Brandenburg kritisch die außenpolitische Entwicklung „Von Bismarck zum Weltkrieg" und im gleichen Jahre schrieb Meinecke sein Buch „Idee der Staatsraison".

Und was haben wir dem nach 1945 gegenüberzustellen? Letzten Endes doch nur Memoiren-Literatur von Gisevius über Schmidt zum Staatssekretär dreier Reiche, Herrn Otto Meißner, die im wesentlichen der eigenen Rechtfertigung dient.

Hier zeigt sich eine erschreckende geistige Sterilität Deutschlands.

Man muß diesen soziologischen und geistigen Untergrund sehen, wenn man das Konzernproblem richtig erfassen will. Unter diesem Blickwinkel wird es nämlich zu einem spezifisch deutschen gesellschaftspolitischen Problem. Auch Staaten wie England und Amerika kennen Konzerne. Die gesellschaftliche Struktur beider Staaten ist aber doch so gefestigt, daß selbst die Riesenkonzerne Nordamerikas keine ernsthafte Bedrohung des öffentlichen Lebens darstellen. England verfügt über eine Jahrhunderte alte parlamentarisch-demokratische Tradition, so daß der Vorrang der demokratisch geformten Politik jedenfalls in der Vergangenheit immer außer Zweifel gestanden hat. In Amerika zeigt sich sowohl im politischen wie auch im gesellschaftlichen Leben ein unbändiger Freiheitsdrang, der es verstanden hat, das politisch-gesellschaftliche Leben vor Übergriffen der in den Konzernen zusammengeballten wirtschaftlichen Macht weitgehend zu bewahren. In Deutschland dagegen fehlt eine solche widerstandsfähige gesellschaftliche Struktur völlig.

Die Bedeutung der Konzerne war nach dem Zusammenbruch 1945 zunächst sehr gering; ihre großen Organisationen waren arbeitsunfähig, ihre politische und gesellschaftliche Bedeutung war nach den Erfahrungen der Vergangenheit gleich Null. Inzwischen hat jedoch die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur zur Ausbildung neuer Formen in Wirtschaft und Politik geführt — dazu gehören z. B. die neu geordneten Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie —, sondern auch zu einer Reorganisation der früheren wirtschaftlichen und politischen Gruppen. Ich brauche nicht näher auf die Rückbildung im politischen Bereich einzugehen, wo sich nach der Auflockerung aller politischen Grenzen in den Jahren 1945/46 allmählich eine Erstarrung bemerkbar macht, die erschreckend an die politischen Verhältnisse vor 1933 erinnert. Auf wirtschaftlichem Gebiet — und ich spreche hier insbesondere von der Schwerindustrie an der Ruhr — sind allmählich die Konzerne der Kriegs- und Vorkriegszeit in alter Form mit ihrer früheren Führungsgarnitur wieder erstanden. Und wer in den Dingen steht, kann sehr genau beobachten, daß es sich hier nicht nur um den Wiederaufbau leistungsfähiger wirtschaftlicher Organisationen handelt, sondern daß hier wieder wirtschafts- und staatspolitische Strahlungszentren entstanden sind, die das gesamte gesellschaftliche Leben einschließlich der Politik mehr und mehr durchdringen. Wenn man sich einmal Mühe gibt, die Konzerne unter diesem Gesichtspunkt zu sehen, so kann man genau feststellen, welche Konzerne ihre Hauptaufgabe in der wirtschaftlichen Stärkung ihrer Unternehmungen sehen und welche Konzerne die wirtschaftliche Rekonstruktion als Grundlage für wirtschafts- und staatspolitische Machtausübung betrachten.

Ein Zeichen dieser Zeit ist sicher die sehr unterschiedliche Beurteilung der Deutschen Kohlenbergbauleitung (DKBL), und der Stahltreuhändervereinigung (STV) in der Öffentlichkeit. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Abhängigkeit der DKBL von der CCCG nach den geltenden Bestimmungen und der herrschenden Praxis mindestens so stark ist, wie die Abhängigkeit der STV von der Combined Steel Group (CSG). Im Kohlenbergbau und in der Stahlindustrie wurden die Betriebe der Kohleförderung und -aufbereitung ebenso wie die Betriebe der Stahlerzeugung durch Anordnungen der Alliierten aus dem Konzernrahmen herausgelöst und einer besonderen Neuordnung unterworfen. Wenn trotzdem die STV in der Öffentlichkeit immer wieder aufs stärkste angegriffen wird, während sich die DKBL einer äußerst schonenden Behandlung erfreut, so kann dies nur darauf zurückzuführen sein, daß in der Eisen- und Stahlindustrie durch Schaffung neuer Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, mit neuen Organisationsformen und neuen Menschen wirtschaftspolitische Tatsachen geschaffen wurden, die den Gegnern einer Neuordnung unerwünscht sind. Diese betont kritische Einstellung der deutschen Öffentlichkeit zur Stahltreuhändervereinigung entspricht der scharfen Kritik der Konzerne an der Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie.

Blitzartig beleuchtet wurde der Einfluß der Konzerne auf das heutige Deutschland durch die bereits erwähnte Zusammensetzung des ersten Sachverständigenausschusses für den Schuman-Plan, in dem das Übergewicht der Konzernvertreter so stark und offensichtlich war, daß es auf Protest der Gewerkschaften korrigiert werden mußte. Das Konzernproblem ist damit ein entscheidendes Problem für die politische Entwicklung Deutschlands. Die Führung der Konzerne repräsentiert eine verhältnismäßig kleine Schicht der Ruhrwirtschaft, der im Hinblick auf die Strukturlosigkeit des deutschen Gesellschaftsgefüges zwangsläufig ein unangemessen großer Einfluß auf das gesamte gesellschaftliche und politische Geschehen zufallen muß. Die Restauration der Konzerne führt daher zu einer wirtschaftlichen und sozialen Mächtegruppierung, die die Entwicklung zu einer lebendigen Demokratie aufs stärkste bedroht. Ihre Aufgliederung und Umbildung macht erst den Weg frei für die Entfaltung einer gesunden Demokratie.

Probleme der technisch-wirtschaftlichen Neuordnung

Konzernauflösung und Neuordnung sind zwei Seiten derselben Medaille. Die Konzernauflösung ist die negative Seite, sie bedeutet die Beseitigung der bestehenden Organisationen. Die Neuordnung ist die positive Seite, sie hat die Neugestaltung der aus ihren alten Organisationszusammenhängen herausgenommenen Unternehmungen zum Gegenstand. Juristen mögen der Auffassung sein, daß die Konzernauflösung formal-rechtlich den Schlußstrich unter die Neuordnung setzen sollte. Aber auch die Juristen werden zugeben müssen, daß die Auflösung so riesiger Gruppen, wie sie die Konzerne an der Ruhr darstellen, einen längeren Zeitraum braucht, und daß es schon rein rechtlich nicht zwingend erforderlich ist, den Beginn der Auflösung an das Ende der Neuordnung zu stellen. Wer jedoch die Dinge nicht rein formalrechtlich sieht, weiß aus der Vergangenheit, daß politisch und psychologisch die Neuordnung so lange gehemmt war und im Zusammenhang mit der rückläufigen politischen Entwicklung immer stärker gestört wurde, je länger die Konzernauflösung auf sich warten ließ. Darum war es dringend erwünscht, daß die Konzernauflösung den Weg frei machte für die sachliche Lösung der organisatorischen Probleme, die die Neuordnung aufwirft.

Wir haben zunächst die Konzerne als soziologische Tatbestände und ihre Bedeutung für das wirtschaftliche und politische Gefüge Deutschlands behandelt und daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß die besondere Lage Deutschlands eine Auflösung der bestehenden Konzerne verlangt. Unabhängig von

transsenlibpcorrigte Archiv

diesen Überlegungen muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß der Krieg und seine Folgen unter allen Umständen eine Umgestaltung der deutschen Industrieorganisationen notwendig gemacht hätten. Die IG-Farben haben die Hälfte ihrer Anlagen im Osten Deutschlands verloren, der Flick-Konzern hat bis auf geringe Restbestände seine ganze Eisen- und Stahlgrundlage in der Ostzone eingebüßt, vom Krupp-Konzern ist nur ein Torso übrig geblieben. Die Reichswerke haben nach der Demontage des größten Teiles ihrer Anlagen in Mitteldeutschland ein Elendsgebiet erster Ordnung hinterlassen. Die V. St. haben aus den Auswirkungen des Krieges und der Nachkriegszeit die Folgerung gezogen, daß der Konzern der V. St. umgebaut werden muß und zu diesem Zweck einen eigenen Auflösungsplan vorgelegt. Es ist also nicht so, daß die angeordnete Neuordnung nur eine willkürliche Maßnahme der Besatzungsmächte oder neuerungssüchtiger deutscher Organisatoren ist, sondern eine zwangsläufige Folge der deutschen Nachkriegssituation, deren wichtigste Daten Kriegszerstörungen, Restitutionen, Demontagen und Verluste von Werken in der Ostzone sind.

Bei der Schaffung neuer Formen für die Unternehmungen der Montanindustrie muß man jedoch beachten, daß die technische Konzentration und Spezialisierung und die Schaffung wirtschaftlicher Großunternehmungen ein Bestandteil der wirtschaftlichen Entwicklung aller industriellen Länder ist. Die Notwendigkeit, den Bedarf einer wachsenden Bevölkerung in immer größerem Umfange zu befriedigen, zwingt dazu, die industrielle und landwirtschaftliche Leistung stetig zu steigern. Dazu ist die Errichtung großer Betriebe und Unternehmungen erforderlich, die einen höchstmöglichen technischen Leistungstand haben, die Durchführung umfangreicher Forschungs- und Entwicklungsaufgaben sichern und den Konjunkturschwankungen gegenüber möglichst krisenfest sind. Die Entwicklung in allen Industriestaaten hat gezeigt, daß nur so das Sozialprodukt erhöht werden kann.

Amerika, bis in die jüngste Zeit ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten, das die Freiheit seiner Bürger in den Mittelpunkt aller politischen Überlegungen stellt, hat das Problem der wirtschaftlichen Konzentration nicht etwa durch Zerschlagen seiner Konzerne gelöst. Auch in diesem vielleicht freiheitlichsten Lande der Welt sind die größten und mächtigsten Konzerne der Welt entstanden. Die Überwucherung des politischen und gesellschaftlichen Lebens durch die Konzerninteressen wird durch Maßnahmen der Rechtsprechung, der staatlichen Verwaltung und der gesellschaftlichen Gegenwirkung der Gesamtbevölkerung hintangehalten.

Rußland, das völlig entgegengesetzte Auffassungen über den Aufbau des wirtschaftlichen und politischen Lebens vertritt und die persönliche Freiheit praktisch negiert, hat die Steigerung des Sozialprodukts auf dem gleichen Wege einer straffen Durchorganisation und Konzentration der Gesamtindustrie erreicht.

In England macht die Arbeiterregierung erstmalig den Versuch, eine Synthese zwischen straffer Konzentration aller wirtschaftlichen Kräfte und der Aufrechterhaltung der persönlichen Freiheit zu finden. Vielleicht ist dies der europäische Versuch, den besonderen europäischen Verhältnissen durch eine Synthese von Bindung und Freiheit gerecht zu werden. Auch hier verlangt die wirtschaftliche Entwicklung eine straffe Konzentration auf allen wirtschaftlichen Gebieten, die in der Nationalisierung des Kohlenbergbaues und der Eisen- und Stahlindustrie zum Ausdruck kommt.

Unter diesen Umständen würde die Auflösung der Konzerne ihren wirtschaftlichen Sinn verlieren, wenn sie nicht als Voraussetzung für einen Neubau der Wirtschaft betrachtet würde, der den Gesetzen der Wirtschaftlichkeit entspricht, wie sie sich in allen modernen Industriestaaten ungeachtet ihrer verschiedenen politischen Struktur herausgebildet haben.

Die wichtigsten Hauptprobleme für die Neuordnung der Wirtschaft bieten

der IG Farben-Komplex,
der deutsche Kohlenbergbau und
die deutsche Eisen- u. Stahlindustrie

Die bisherigen Arbeiten an der Neuordnung der IG Farben-Industrie haben sich unter Umständen abgewikkelt, die selbst den unmittelbar betroffenen Kreisen jeden Einblick und jede Übersicht unmöglich gemacht haben. An der Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie und des Kohlenbergbaues sind die verschiedenen Wirtschaftszweige und Berufe, sowie die deutsche Arbeitnehmerschaft durch von ihnen vorgeschlagene Sachkenner maßgeblich und offiziell beteiligt. Diesen Sachverständigen ist eine weitgehende Selbständigkeit bei der Durchführung ihrer Aufgaben eingeräumt. Zu wichtigen Beratungen werden außerdem Sachverständige der betroffenen Unternehmungen, ihrer Betriebsräte und der Industriegewerkschaften hinzugezogen. So besteht eine gewisse Gewähr, daß hier in Beratungen unabhängiger deutscher Gremien in Zusammenarbeit mit Sachverständigen der beteiligten Kreise Vorschläge zur Neuordnung ausgearbeitet werden, die die deutschen Wirtschaftsinteressen ausreichend berücksichtigen. Darüber hinaus hat jedenfalls eine engere Öffentlichkeit gewisse Möglichkeiten, sich einen Überblick über den Stand und Verlauf der Arbeiten zu verschaffen. Für den IG Farben-Komplex war ein deutscher Ausschuß — FARDIP — gebildet worden, der ein einseitiges Organ der Besatzungsbehörden ohne jede rechtliche Garantie für eigene verantwortliche Tätigkeit war, und dessen Beratung und Vorschläge selbst einer begrenzten Öffentlichkeit ein Geheimnis geblieben sind. Das jetzt neu erlassene Gesetz 35 sieht überhaupt keine maßgebliche deutsche Beteiligung vor.

Soviel man hört, hat FARDIP die Abtrennung von 156 Beteiligungen und 7 bisherigen Betriebsabteilungen, die als unabhängige Gesellschaften bestehen sollen, und im übrigen eine Aufspaltung des IG-Komplexes in die drei Kerne Leverkusen, Höchst und Ludwigshafen-Oppau vorgeschlagen. Da keine Möglichkeit besteht, einen Einblick in das von FARDIP erarbeitete Material zu bekommen, da darüber hinaus feststeht, daß FARDIP die Verhältnisse der Gruppe Ludwigshafen-Oppau in der französischen Zone nicht untersuchen konnte, vermögen wir uns kein Urteil darüber zu bilden, ob dieser Plan die Gesichtspunkte einer wirtschaftlich zweckmäßigen Arbeitsteilung und die Notwendigkeit einer großzügigen Forschung, die eine Grundvoraussetzung der modernen Großchemie ist, genügend berücksichtigt. Die Gewerkschaften haben daher gefordert, daß deutsche Stellen unter Einschluß von Vertretern der Arbeitnehmerschaft maßgeblich und verantwortlich an der Neuordnung der IG Farben beteiligt werden, damit wir uns ein Urteil über die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der zukünftigen Organisation der chemischen Großindustrie bilden können. Die bisherige Behandlung der Dekonzentration der IG Farben gibt jedenfalls keine Gewähr dafür, daß elementare Gesichtspunkte einer wirtschaftlich zweckmäßigen Lösung berücksichtigt werden.

Im Kohlenbergbau ist zwischen der Organisation der eigentlichen Produktionsbetriebe und der Organisation des Verkaufs zu unterscheiden. Es ist besonders erfreulich, daß das Direktorium der DKBL und ihr Beirat, in dem Unternehmer und Arbeitnehmer paritätisch vertreten sind, auf beiden Gebieten zu einheitlichen Auffassungen gekommen sind. Auf dem Gebiet des Verkaufs haben sich die Zechen des Ruhrgebietes freiwillig zu einer einheitlichen Verkaufsorganisation zusammengeschlossen, nachdem die Alliierten die Auflösung der bestehenden Organisation des deutschen Kohlenverkaufs verfügt hatten. Für die Unternehmungen der Kohleförderung und Aufbereitung haben diese Stellen einen einheitlichen Neuordnungsplan ausgearbeitet, der den zuständigen Stellen zugeleitet worden ist.

Ein schwieriges Problem im Rahmen der Kohle-Neuordnung bieten die Gesellschaften, die in Liste C des Gesetzes 27 aufgeführt sind. Es handelt sich dabei um Zechengesellschaften, die nicht den Großkonzernen angehören, deshalb auch nicht der Liquidation unterliegen, aber unter bestimmten Voraussetzungen in die Neuordnung des Kohlenbergbaus einbezogen werden können. Wollte man die sogenannten C-Gesellschaften nicht in die Neuordnung einbeziehen, so blieben 30—40 % der Kohleförderung außerhalb der Neuordnung. Wenn man berücksichtigt, wie zersplittert der Zechenbereich an der Ruhr und wie verschieden die Ertragslage der einzelnen Zechenanlagen ist, so bedarf es keines besonderen Scharfsinns, um festzustellen, daß eine konstruktive Neuordnung des Kohlenbergbaus nur möglich ist, wenn die C-Gesellschaften eingeschlossen werden. Man darf in der Tatsache, daß in dem einheitlichen Plan des Bergbaus die C-Gesellschaften mit aufgenommen wurden, die Bestätigung dafür sehen, daß auch die Bergleute eine nach bergmännischen Gesichtspunkten zweckmäßige Neuordnung des Kohlenbergbaus ohne Einschaltung der C-Gesellschaften für unmöglich halten. Die Entscheidung über die Einbeziehung der C-Gesellschaften ist letzten Endes eine Entscheidung über die Frage, ob im Kohlenbergbau nur die bestehenden organisatorischen Zusammenhänge mit den Konzernen zerschlagen werden und alles übrige beim alten bleiben soll oder ob diese Gelegenheit wahrgenommen wird, um dem Bergbau neue Grundlagen für seine wirtschaftliche Weiterentwicklung zu geben.

Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie steht mit der Neuordnung des Kohlenbergbaus in engem Zusammenhang, da im Rahmen der Konzerne Kohlenbergbau und Eisen- und Stahlindustrie zusammengefaßt waren

bytes-Gewerkschaftliches Archiv

und sich daraus Verhältnisse entwickelt haben, die in den Schlagworten technische und wirtschaftliche Verbundwirtschaft ihren Ausdruck finden. Dieses Problem der Verbindung zwischen Kohle und Eisen ist besonders umstritten. Es scheint mir notwendig, daß man sich mit den verschiedenen Argumenten einmal auseinandersetzt und sie auf ihre Stichhaltigkeit prüft.

Es gibt Kreise in Deutschland, die eine Zusammenfassung von Kohle und Eisen in gleichen Unternehmungen letzten Endes deswegen befürworten, weil in dieser Kombination der Montaninteressen die Stärke der Konzerne als wirtschaftspolitische Machtgebilde lag. Daß eine derartige Begründung nicht anerkannt werden kann, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Für die Zusammenfassung von Kohle und Eisen werden aber darüber hinaus wichtige allgemeinwirtschaftliche Gesichtspunkte angeführt. Die Zusammenfassung von Bergbau- und Hüttenbetrieben in einer Unternehmung bietet insbesondere im Hinblick auf die herrschende steuerliche Praxis die Möglichkeit, das Ergebnis des Bergbaus durch den Umfang der Aus- und Vorrichtung und der Investitionen unter Tage stark zu beeinflussen, die Gewinne bzw. Verluste der Eisenseite mit dem entsprechend beeinflußten Ergebnis des Bergbaus auszugleichen und auf diese Weise die Investitionstätigkeit im Bergbau und in den Hüttenwerken zu steuern. Es kann ernsthaft nicht bestritten werden, daß sich die Zusammenfassung von Kohle und Eisen unter diesen Gesichtspunkten in der Vergangenheit sowohl für den Kohlenbergbau als auch für die Eisen- und Stahlindustrie günstig ausgewirkt hat. Gesamtwirtschaftlich wird man allerdings berücksichtigen müssen, daß die Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft und damit die Höhe des Sozialproduktes dadurch nicht beeinflußt wird, sondern daß es sich letzten Endes um eine andersartige Verteilung der Ergebnisse wirtschaftlicher Tätigkeit zugunsten der beteiligten Bergbau- und Hüttenbetriebe handelt.

Wenn keine zwingenden gesamtwirtschaftlichen Gründe gegen eine solche Zusammenfassung von Kohle und Eisen sprächen, müßte man sie m. E. befürworten. Auf der Kohle-Seite werden hiergegen jedoch gewichtige gesamtwirtschaftliche Überlegungen vorgebracht. Der Kohlenbergbau des Ruhrreviers steht vor großen und entscheidenden Problemen. Dabei handelt es sich insbesondere um

die Steigerung der Leistung, die durch Mechanisierung von Abbau und Förderung unterstützt werden muß;

die restlose Nutzung der minderwertigen Abfallkohle und der Mittelprodukte für die Energieerzeugung, die nur durch eine einheitliche Energieverbundwirtschaft gewährleistet erscheint;

die Weiterentwicklung der Kohlechemie, die z. Z. noch aus politischen Gründen an ihrer wirtschaftlich gebotenen Entfaltung behindert ist.

Die Lösung dieser Probleme verlangt eine Organisation des Kohlenbergbaus, die eine einheitliche Kohle-Wirtschaftspolitik gewährleistet. Eine weitgehende Berücksichtigung der wirtschaftlichen Vorteile, die in der bloßen Tatsache der Verbindung zwischen Kohle und Eisen bestehen, würden aber eine Bindung von mindestens 30—40 % der Kohleförderung an die Eisen- und Stahlindustrie zur Folge haben. Wenn aber 30—40 % der Kohleförderung oder gar mehr in die eigentumsmäßige Abhängigkeit eines Großabnehmers käme, so wären die tatsächlichen Einflußmöglichkeiten dieses Abnehmers so stark, daß für eine einheitliche Kohlewirtschaftspolitik große Schwierigkeiten entstehen müßten. Hier stehen sich also gesamtwirtschaftliche Überlegungen im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer einheitlichen Kohlewirtschaft und die privatwirtschaftlichen Überlegungen der Eisen- u. Stahlindustrie gegenüber. Ich bin der Auffassung, daß den gesamtwirtschaftlichen Überlegungen einer einheitlichen Kohlewirtschaft der Vorrang eingeräumt werden muß.

Wirtschaftspolitik soll man aber nicht zum Gegenstand einer Weltanschauung machen. Es kommt vielmehr darauf an, ausgehend von einer wirtschaftlichen Grundkonzeption vernünftige und zweckmäßige Lösungen zu finden. Die enge Massierung von Kohlenbergbau und Hüttenwerken im Ruhrrevier hat dazu geführt, daß sich bei regionaler Verflechtung von Bergbau und Hütten eine intensive Energieverbundwirtschaft herausgebildet hat, die ihren höchsten Nutzeffekt nur erzielt, wenn eine einheitliche Steuerung der Energiekräfte aller Art gewährleistet ist. Es ist nun wiederum eine Tatsache, daß bei Verbindung verschiedener Betriebe in einer Hand die Steuerungsmöglichkeiten wesentlich größer sind als bei einer Aufspaltung unter verschiedene Eigentümer. Hier handelt es sich also um bedeutsame Vorteile einer technischen Zusammenarbeit, die bei Trennung von Eisen und Kohle nicht in gleichem Maße verwirklicht werden könnten und daher gesamtwirtschaftlich verlorengingen. Wenn man diese Überlegung anerkennt, muß man in allen den Fällen, in denen sich eine erfolgreiche technische Verbundwirtschaft insbesondere auf dem Gebiet der Energiewirtschaft entwickelt hat oder entwickeln läßt, eine Zusammenfassung von Kohle und Eisen in der gleichen Hand befürworten. Die Fälle, in denen eine solche technische Verbundwirtschaft gegeben ist, sind begrenzt und im allgemeinen auch bekannt; sie umfassen jedenfalls nicht wesentlich mehr als 10 % der Kohleförderung. Die eigentumsmäßige Bindung von Kohle und Eisen in diesen Fällen würde daher im Hinblick auf ihre Größenordnung eine einheitliche Kohlewirtschaftspolitik nicht wesentlich beeinträchtigen.

Die Neuordnung in der Eisen- und Stahlindustrie wirft im Rahmen der gemischten Hüttenwerke besonders schwerwiegende Probleme in den Räumen Dortmund, Hamborn und Bochum auf. Im Dortmunder Raum sind die Hüttenwerke Hörde und Union durch Demontagen schwer getroffen. Der Hamborner Raum hat in der Thyssen-Hütte die wichtigste und leistungsfähigste Hütte Europas verloren; der bisher zugestandene Ausbau der Thyssen-Hütte läßt nur ein unwirtschaftliches und leistungsunfähiges Restgebilde übrig. Der Bochumer Raum ist durch die Demontage des Bochumer Vereins schwer getroffen. Die Probleme dieser stark angeschlagenen Räume können nur durch leistungsfähige Unternehmungen gemeistert werden, die nach ihrer ganzen Struktur, insbesondere nach ihrem Produktions- und Verkaufsprogramm schnell zu rentablen und finanzkräftigen Gebilden entwickelt werden können. Hier müssen großzügige Regelungen getroffen werden, die ein breites, aufeinander abgestimmtes Produktionsprogramm zulassen und die notwendige Zusammenarbeit zwischen Stahlerzeugung, Verwalzung und Weiterverarbeitung gewährleisten.

Weitere wichtige Probleme wirft die Erzeugung der Flachprodukte auf. Die Breitbandstraße in Dinslaken ist demontiert. In den übrigen europäischen Ländern wird eine Breitbandstraße nach der anderen errichtet; in Deutschland ist der Aufbau einer Breitbandstraße bisher nicht zugelassen. Der Bau von Breitbandstraßen, die Band von wesentlich verbesserter Qualität mit stark gesenkten Kosten herstellen, wird auf die Dauer dem größten Teil der bestehenden Feinblechwalzwerke ihre wirtschaftliche Existenz nehmen. Die Breitbanderzeugung wird überdies die Unternehmungen der Eisen- und Stahlindustrie, die bisher das Vormaterial für die Feinblechwalzwerke (Platinen) lieferten, zur Umstellung zwingen. Das Problem der Breitbandstraßen berührt daher

1. das Stahlwerk, das das Vormaterial für die Breitbandstraße liefert;

2. die Feinblechwalzwerke, denen die wirtschaftliche Existenzfähigkeit in ihrer heutigen Form genommen wird, und

3. die Platinenlieferanten für die Feinblechwalzwerke.

Es handelt sich hiernach um schwerwiegende und tiefgreifende Probleme, die nur gemeistert werden können, wenn man sich nicht allzusehr durch althergebrachte Vorstellungen beeinflussen läßt und sich für konstruktive Überlegungen frei macht. Eine wirtschaftliche zweckmäßige Organisation verlangt daher sowohl in der Eisen- und Stahlindustrie wie auch im Bergbau, daß zwangsläufig in gewissen Fällen eine Überschreitung der Konzerngrenzen erfolgt. Es ist uns bekannt, daß insbesondere auf amerikanischer Seite aus Vorstellungen heraus, die auf dem amerikanischen Kontinent richtig sein mögen, das Bestreben besteht, alle Maßnahmen in der Schwerindustrie auf eine Aufgliederung der Konzerne zu beschränken. Das würde zur Folge haben, daß zwar die bestehenden organisatorischen Grundlagen zerschlagen werden, ein konstruktiver Neubau aber praktisch in vielen Fällen unmöglich gemacht wird. Es ist bemerkenswert, daß diese Bestrebungen amerikanischer Stellen in starkem Umfange mit deutschen Bestrebungen übereinstimmen, die der Zusammenlegung von Betrieben, die bisher verschiedenen Konzernen angehört haben, Widerstand entgegensetzen. M. E. handelt es sich auch hier um eine im besten Sinne nationale Frage: Ob wir bereit sind, uns in Übereinstimmung mit amerikanischen Vor-

thyssenkrupp Corporate Archive

stellungen auf die Zerschlagung der bestehenden Ordnung zu beschränken oder ob wir verlangen, daß die Zerschlagung der Konzerne Hand in Hand geht mit einem konstruktiven Neuaufbau der Wirtschaft. Die Beantwortung dieser Frage kann m. E. nicht zweifelhaft sein. Die Auflösung der Konzerne hat für Deutschland nur dann eine wirtschaftlich positive Bedeutung, wenn sie begleitet ist von einem konstruktiven Neubau der Wirtschaft.

Man sollte sich aber auch über eines klar sein: Wenn es nicht möglich sein sollte, eine vernünftige und zweckmäßige Ordnung der Eisen- und Stahlindustrie und des Kohlenbergbaus auf der Grundlage der herrschenden privatwirtschaftlichen Ordnung zu schaffen, so wäre dies das stärkste Argument für die Notwendigkeit einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung dieser beiden Industriezweige.

Sozialer Umbau

In den 25 ausgegliederten Gesellschaften der Eisen- und Stahlindustrie arbeiten Aufsichtsräte und Vorstände, deren Zusammensetzung auf dem Grundgedanken beruht, daß ein gesunder Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nur unter maßgeblicher und verantwortlicher Beteiligung der deutschen Arbeitnehmerschaft möglich ist. Die Aufsichtsräte sind zur Hälfte mit Vertretern der Unternehmerseite und zur Hälfte mit Vertrauensleuten der organisierten Arbeitnehmerbewegung besetzt. In den Vorständen arbeitet als gleichberechtigtes Vorstandsmitglied neben dem Techniker und neben dem Kaufmann ein Mann, der alle menschlichen und sozialen Fragen der Belegschaft bearbeitet. Diese neue Gestaltung der Verwaltungs- und Aufsichtsorgane von Großunternehmungen hat sich hervorragend bewährt. Die Eisen- und Stahlindustrie hat in der Vergangenheit durch Kriegsschäden, Demontagen, Restitutionen usw. in einem Ausmaße gelitten, wie das z. B. im Kohlenbergbau nicht annähernd der Fall war. Die Bergarbeiterschaft hat sich darüber hinaus in der Vergangenheit besonderer Förderung erfreut, so daß ihr Sonderzuteilungen der verschiedensten Art bis zum Care-Paket zugeleitet wurden, um ihre Arbeitsfreudigkeit zu steigern. Die Arbeiterschaft der Eisen- und Stahlindustrie hat bis zur Währungsreform unter den schwierigsten Lebensverhältnissen arbeiten müssen, ohne daß ihr eine ähnliche Unterstützung zuteil wurde. Der Kohlenbergbau hat bis heute öffentliche Kredite von rd. 440 Mill. DM erhalten, während der Eisen- und Stahlindustrie bis heute ganze 39 Mill. DM zugeflossen sind. Trotzdem sind die schwer angeschlagenen Werke der Eisen- und Stahlindustrie wieder aufgebaut und die Stahlerzeugung von einer Jahresleistung von 2,5 Mill. t im Jahre 1946 auf zur Zeit 12 bis 12,5 Mill. t gesteigert worden, so daß die der deutschen Eisen- und Stahlindustrie zugestandene Höchsterzeugung bereits überschritten ist. Dieser Erfolg war nur möglich, weil die innere Neuordnung der Unternehmungen ein Vertrauensverhältnis zwischen Belegschaften und Unternehmungsleitungen herbeigeführt hat, das alle Schwierigkeiten und sozialen Spannungen ohne große Beeinträchtigung der Betriebe überwinden ließ. Es ist immerhin bemerkenswert, daß der Versuch der Duisburger Kupferhütte, neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Belegschaft und Unternehmung zu finden, in der gesamten Presse sehr eingehend behandelt worden ist, obwohl es sich um einen einzigen Versuch in einem einzelnen Unternehmen mit eigenartiger Struktur handelt. Die Neuordnung der innerbetrieblichen Verhältnisse in der Eisen- und Stahlindustrie, die praktisch in sämtlichen Hüttenwerken der Ruhr angewandt wird und Belegschaften von insgesamt rund 130 000 Mann erfaßt, wird dagegen nahezu totgeschwiegen. Ich weiß nicht, ob die Presse ihre Aufgabe als Organ der öffentlichen Meinungsbildung richtig erfaßt, wenn sie ihr Interesse für Fragen der Neuordnung der Unternehmungsorganisation so ungleich verteilt.

Die Bestrebungen auf einen inneren Umbau der Unternehmungsorganisation haben ihre Ursache in grundlegenden Änderungen, die die wirtschaftliche und soziale Struktur der modernen Industriestaaten, zu denen auch Deutschland gehört, in den letzten Jahrzehnten erfahren haben.

Dadurch werden insbesondere vier folgenschwere Probleme aufgeworfen:

die Bedeutungslosigkeit des Klein- und Mittelaktionärs bei den Großunternehmungen;

die Bedeutung der Großunternehmungen für das gesamte öffentliche Leben;

das unbefriedigende Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitnehmerschaft;

die wirtschafts- und machtpolitische Bedeutung von Großunternehmungen in sozial nicht gefestigten Staaten.

Am Kapital der Großunternehmungen der Ruhr sind in großem Umfange Mittel- und Kleinaktionäre beteiligt. Auf der letzten Hauptversammlung der V.St. waren z. B. vertreten:

Großaktionäre		
Rheinstahl	72	Mill. DM
früh. Thyssen-Besitz	86	„ „
Streubesitz (überwieg. Mittel- und Kleinaktionäre)	157	„ „
Vertretenes Aktienkapital	315	„ „

Von dem Aktienkapital in Streubesitz waren 149 Mill. DM (95%) durch Banken vertreten.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den übrigen Konzernen. In einigen Fällen ist der Anteil der Großaktionäre so groß, daß die Mittel- und Kleinaktionäre demgegenüber nur geringe Bedeutung haben. Im übrigen ist die Streuung auf Mittel- und Kleinaktionäre so breit, daß eine unmittelbare Vertretung in den Hauptversammlungen nicht mehr in Frage kommt. Es ist dies auch nur zu natürlich. Herr Schulze in München, Herr Meier in Kassel und Herr Schmidt in Neumünster sind wirklich nicht in der Lage, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Vereinigten Stahlwerke oder der Gutehoffnungshütte zu beurteilen und sich als Aktionäre eine maßgebliche Meinung über die Fragen zu bilden, die in der Hauptversammlung dieser Gesellschaften zur Erörterung stehen. In der Regel wollen sie das auch gar nicht. Für sie ist entscheidend, daß ihre Aktien eine regelmäßige Dividende und damit ein regelmäßiges Einkommen sichern. Wenn das nicht der Fall ist, verkaufen sie diese Aktien und kaufen dafür unter Umständen ein anderes Papier, wobei es ihnen häufig gleichgültig ist, ob es sich dabei um eine Aktie oder um einen Pfandbrief handelt, wenn nur die Rendite dieses Papiers ihnen genügt. Infolgedessen treten für die Kleinaktionäre in den Hauptversammlungen der großen Gesellschaften in der Regel Beauftragte der Großbanken auf, bei denen die Aktien der Mittel- und Kleinaktionäre im Depot liegen. Diese Entwicklung hat dahin geführt, daß der Ablauf der Hauptversammlungen und die Zusammensetzung des Aufsichtsrates in diesen großen Unternehmungen letzten Endes nicht durch die Masse der Aktionäre bestimmt wird; der Ablauf der Hauptversammlung und die Besetzung des Aufsichtsrates werden vielmehr vorher zwischen dem Vorstand und den maßgeblichen Bankvertretern, gegebenenfalls auch mit dem Großaktionär abgestimmt, ohne daß der Wille der Mittel- oder Kleinaktionäre dabei überhaupt eine Rolle spielt. In manchen Unternehmungen muß der Vorstand mit den im Aufsichtsrat vertretenen Banken einen heftigen Kampf ausfechten, um zu erreichen, daß neben Bankvertretern auch Wirtschaftler im Aufsichtsrat vertreten sind, die nicht nur nach rein bankwirtschaftlichen Gesichtspunkten urteilen. Damit soll nicht bestritten werden, daß diese Entwicklung für die Unternehmungen vermutlich förderlicher war als wenn Tausende von Kleinaktionären persönlich zur Hauptversammlung angerückt wären. Es soll vielmehr nur festgestellt werden, daß tatsächlich die Mittel- und Kleinaktionäre der Schwerindustrie an der Ruhr von jeder praktischen Mitwirkung an dem Geschehen „ihrer" Unternehmungen ausgeschlossen sind. Diese Entwicklung wird noch dadurch gefördert, daß die Großunternehmungen in starkem Umfange die notwendigen Finanzmittel aus eigenen Gewinnen bestreiten, so daß die Ausgabe neuer Aktien und damit der Aktionär als Kapitalgeber eine immer geringere Bedeutung erhalten hat. Und schließlich hat die Dividenden-Politik der Großunternehmungen, die darauf hinausging, eine möglichst gleichbleibende Dividende zu gewähren, dazu geführt, daß der Aktionär sich praktisch ebenso wie der Inhaber von Pfandbriefen und sonstigen Schuldverschreibungen wie ein Obligationär fühlt, nicht aber wie der Miteigentümer von Großunternehmungen. Damit ist der Mittel- und Kleinaktionär als Eigentümer praktisch funktionslos geworden. Seine Bedeutung für die Gestaltung des Unternehmens, an dem er beteiligt ist, ist gleich null.

Die Großunternehmungen selbst haben einen nicht unwichtigen Funktionswandel durchgemacht.

krupp corporate archive

thyssenkrupp Corporate Archives

Grundlage entzogen ist. Dabei hat es sich bei der Mehrzahl der betroffenen Menschen um höchst persönliches Eigentum gehandelt, das sich der einzelne durch seine Arbeit geschaffen hatte. Millionen von Menschen haben ihre Kleidung und ihren Hausrat verloren, zahllose Besitzer von Häusern und Grundstücken haben dieses Eigentum eingebüßt, Handwerkern und Kleinindustriellen sind ihre Betriebe, Maschinen und Werkzeuge genommen worden. Der Lastenausgleich wird ungezählte Menschen zwingen, darüber hinaus persönliches Eigentum abzustoßen, um die Lasten aus dem Lastenausgleich zu tragen. Alles dies wird als unausweichliche Folge des verlorenen Krieges hingenommen; ja die Öffentlichkeit scheut sich, allzuviel über diese Dinge zu reden und zu schreiben.

Worum handelt es sich demgegenüber bei den Mittel- und Kleinaktionären? In keinem Falle handelt es sich um so persönliches Eigentum wie beim Fabrikbesitzer, der keinen Betrieb mehr hat, wie beim Handwerker, dessen Werkstätte zerstört ist, wie beim Haus- und Grundbesitzer, dem Grund und Boden genommen ist, wie beim Flüchtling und Kriegsbeschädigten, der Hausrat und Kleidung verlor. Bei dem Eigentum des Aktionärs handelt es sich um ein Wertpapier, das grundsätzlich so viel und so wenig wert ist wie jedes andere gleichartige Wertpapier. Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie bedeutet für ihn nur, daß er an Stelle der Aktien, die heute im Depot der Bank ruhen, andere Wertpapiere legt; seien es nun Aktien eines anderen Unternehmens oder Pfandbriefe oder Schuldverschreibungen. Diese sogenannte Enteignung besteht damit in einem Wechsel von Wertpapieren, wie ihn die Aktionäre auch in der vergangenen Zeit sehr häufig vorgenommen haben. Wenn ein Aktionär der Auffassung ist, daß sein Papier nicht mehr die erforderliche Rendite abwirft, so verkauft er es und kauft für den Erlös unter Umständen ein anderes Wertpapier. Für ihn hat das Wertpapier nur die Bedeutung, daß es einen bestimmten Geldwert und ein bestimmtes Einkommen garantiert. Darüber hinaus hat es keinerlei Bedeutung für den Aktionär, das etwa dem persönlichen Eigentum an Sachgegenständen des täglichen Bedarfs oder des Wirtschaftslebens entspricht. Wenn man diese Dinge richtig sieht, muß man doch die Frage aufwerfen, ob hier nicht die Kleinaktionäre häufig zu Zwecken mißbraucht werden, die nicht in ihrem Interesse liegen. Der Mittel- und Kleinaktionär kann sicher sein, daß ihm ein gleichwertiges Wertpapier an Stelle der bisherigen Konzernaktie gegeben wird. Je konstruktiver und wirtschaftlicher die Neuordnung wird, um so wertvoller wird das Wertpapier sein, das er bekommt. In Wirklichkeit werden durch die Neuordnung nicht seine Interessen, sondern höchstens die Interessen von gesellschaftlichen Schichten berührt, deren Bedeutung auf ihrer Stellung im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsorganisation beruht. Vielleicht entsinnt sich die Öffentlichkeit auch der Tatsache, daß es der Deutsche Gewerkschaftsbund war, der immer wieder nicht nur an die notwendigen Lohnerhöhungen der arbeitenden Menschen dachte, sondern darüber hinaus bei jeder Gelegenheit auf das Los der Flüchtlinge und Rentner hinwies, denen durch eine Lohnaufbesserung nicht mehr geholfen werden kann und zu denen letzten Endes auch die Menschen gehören, die aus ihrem Aktienbesitz eine kleine Rente beziehen.

Ich möchte diese Überlegungen nicht abschließen, ohne das Urteil eines Franzosen wiederzugeben, das bereits durch Herrn Dr. Agartz auf der Kundgebung des DGB am 26. 9. 50 zitiert wurde, das aber wert ist, wiederholt zu werden, weil es uns zum Nachdenken veranlassen sollte. Dieser Franzose hat in einer eingehenden Studie den gesellschaftspolitischen Zusammenbruch Deutschlands untersucht, weil er ein Freund Deutschlands ist. Es handelt sich um den Deutschlandkorrespondenten der großen französischen Zeitung „Le Monde", Alain Clément, der über das Besitzbürgertum, das neben 20 Millionen Enterbten übriggeblieben ist, folgendes sagt:

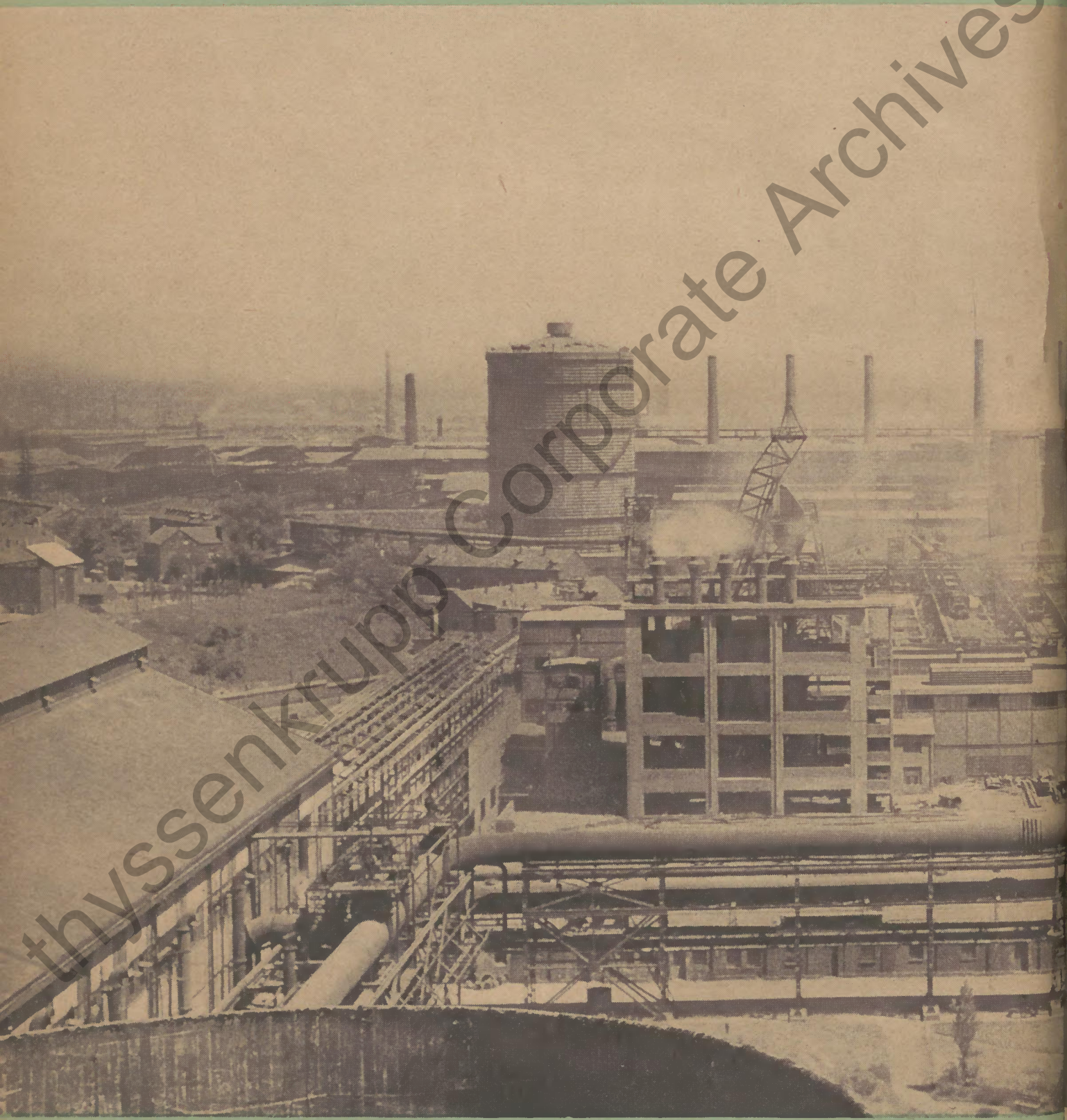
> „Der einzige Gedanke, den es mehrmals zu produzieren versucht hat, ist in sich statisch, denn er ist der des Eigentums.
>
> Man verehrt das Eigentum in einer fanatischen Hingabe für den Betrieb, der in seinen Augen ein Element erster Ordnung ist, die eigentliche soziale Zelle, der Kern der Welt; ein einziges Problem ergibt sich also für den Besitz: die unangreifbare Autorität des Privateigentums zu erhalten! Unter solchen Auspizien verspricht Deutschland, nicht gerade eines der dynamischsten Länder zu werden. Es ist zu fürchten, daß der Absolutismus des Besitzbürgertums sich deshalb besonders unnachgiebig und starr erweisen wird, weil er keinen Horizont hat."

Clément kommt zu dem Schluß, daß das heutige Deutschland für die europäische Einheit nichts anderes anzubieten hat als Kohlengruben und Fabriken.

Wer zutiefst davon überzeugt ist, daß das gesamte Leben und damit die Zukunft Europas nicht nur von materiellen Dingen, sondern auch von der geistigen Substanz seiner Völker abhängig ist, weiß, welch erschütternde Feststellung Clément mit diesen Worten getroffen hat. Daraus ergibt sich, daß die gesellschaftspolitischen Probleme, die die Neuordnung der Grundstoffindustrien aufwirft, von so entscheidender Bedeutung sind, daß man ihnen auf den Grund gehen muß. Man wird ihnen jedenfalls nicht damit gerecht, daß man ihnen mit der Wiedergabe liebgewordener, aber längst überholter Gedankengänge begegnet.

Herausgeber: Hüttenwerk Oberhausen AG, Oberhausen (Rhld.), Essener Straße 66. Verantwortlich: Dir. Karl Strohmenger. Redaktion: Dr. K. J. Fintelmann (Sozialhaus). Druck: Vereinigte Verlagsanstalten G. m. b. H., Oberhausen (Rhld.). Klischees: Vignold, Essen. Auflage 12 000.

thyssenkrupp Corporate Archive



thyssenkrupp Corporate Archives